Freitag, 27. Januar 2023 Obwalden

Rücktritt von Sonnie Burch

Kantonsrat Kantonsratspräsidentin Regula Gerig verlas zu Beginn der gestrigen Sitzung das Rücktrittsschreiben von Sonnie



Burch (CVP/ Mitte, Kerns, Bild). Sie war 2019 für Markus Ettlin in den Rat nachgerückt. Nun

tritt sie auf Mitte dieses Jahres zurück. Ihre Anstellung beim Kanton Obwalden ist gemäss den Bestimmungen nicht länger mit dem Amt als Kantonsrätin vereinbar, da sie ihr Pensum erhöht. (mu)

Schuleintritt erfolgt später

Motion Die Obwaldner Kinder sollen künftig später eingeschult werden. Der Kantonsrat hat mit 42 zu 7 Stimmen einer Anpassung der Volksschulverordnung zugestimmt. Neu sollen Kinder, die Ende Februar das fünfte Altersjahr vollenden, auf Beginn des nächsten Schuljahres in den obligatorischen Kindergarten eintreten. Für den Eintritt in die Primarschule wird entsprechend auf die Vollendung des sechsten Altersjahres per Ende Februar abgestellt. Aktuell ist der 31. Juli der Stichtag für die Einschulung.

Der Einstieg in den Kindergarten und in die Schule sei für die Kinder und Familien ein wichtiger Schritt, der sorgfältig geplant werden müsse, sagte Kommissionspräsidentin Annemarie Schnider (SP, Sachseln) am Donnerstag in der Debatte.

Flexibilität ist gewährleistet

In der Kommission sei unter anderem diskutiert worden, dass es gleichwohl Flexibilität brauche beim Einschulungsdatum. Schon heute könnten die Erziehungsberechtigten einen früheren oder späteren Kindergartenoder Schuleintritt beantragen. Während es bis anhin eher darum gegangen sei, noch nicht schulreife Kinder um ein Jahr zurückzustellen, werde es nun vermehrt darum gehen, dass bereits reife Kinder unbürokratisch früher in den Kindergarten respektive in die Schule eintreten dürften.

Sehr erfreut über die Anpassung zeigte sich Veronika Wagner (CVP/Mitte, Kerns). Aufgrund ihrer Motion war die Verschiebung der Einschulung an die Hand genommen worden.

Die SVP-Fraktion und die CSP signalisierten Zustimmung zur Vorlage. Hanspeter Scheuber (CSP, Kerns) ortete für den Kanton Obwalden Aufholpotenzial bei der vorschulischen frühkindlichen Bildung. Die mehrheitliche Ablehnung der Vorlage hatte die FDP angekündigt. Marco De Col (FDP, Kerns) hätte die Einschulungsfrage lieber im Rahmen der geplanten Revision des Bildungsgesetzes angepackt.

Bildungs- und Kulturdirektor Christian Schäli hielt fest, dass die Motion den Regierungsrat verpflichtet habe, das Anliegen jetzt umzusetzen. (mu)

Das will die Obwaldner Regierung die nächsten vier Jahre anpacken

Das Kantonsparlament heisst den Bericht über die Amtsdauerplanung 2022 bis 2026 gut.

Philipp Unterschütz

Der Bericht zur Amtsdauerplanung zeigt auf, welche Themen der Regierung in den nächsten vier Jahren aus strategischer Sicht besonders wichtig und daher dringend anzugehen sind. Aufgrund dieser Prioritäten hat sie für die kommende Amtsdauer von 2022 bis 2026 strategische Massnahmen entwickelt. Der Kantonsrat hat den Bericht am Donnerstag mit 44 Ja-Stimmen, ohne Gegenstimmen und 4 Enthaltungen zur Kenntnis genommen.

Peter Seiler (SVP, Sarnen) Präsident der Kommission für strategische Planungen und Aussenbeziehungen (KSPA) sagte, die Kommission habe einzig bemängelt, dass die Themen Energieversorgung und Zuwanderung angesichts der Entwicklungen im Ausland zu wenig adressiert worden seien. Im Parlament kam der Bericht überwiegend gut an, der Kantonsrat stimmte drei parlamentarischen Anmerkungen zu.

Obwalden soll noch attraktiver werden

Die strategischen Ziele sind eine Konkretisierung aus der Langfriststrategie 2032+, mit der die Weichen für die Weiterentwicklung des Kantons in den nächsten zehn bis zwölf Jahren aufgezeigt wurden. Die Amtsdauerplanung mit einem Zeithorizont von vier Jahren ist damit eingebettet zwischen dieser Langfriststrategie und der jährlich zu erstellenden Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP).

«Die Obwaldner Bevölkerung steht sowohl bei der Amtsdauerplanung als auch bei der

Langfriststrategie 2032+ im Zentrum», betonte Landammann Christoph Amstad. Die Handlungsfelder und Ziele seien darauf ausgerichtet, die hohe Lebensqualität und Standortattraktivität des Kantons Obwalden weiter zu entwickeln, dabei bleibe das sich stark und rasch wandelnde Umfeld eine Herausforderung. Die Schwerpunktbereiche und Massnahmen drehen sich um die vier Handlungsfelder Sicherheit/Stabilität, (Weiter-)Bildung, Vernetzung und Wandel. Beim Thema Sicherheit geht es unter anderem um die Umweltgefahren, vor denen die Bevölkerung geschützt sein soll. Mit der Umsetzung von Wasserbauprojekten im Sarneraatal wird die Hochwassersicherheit nachhaltig verbessert. Bis Ende 2026 will der Kanton bis zu 80 Prozent der Projekte realisiert

haben. Handlungsbedarf besteht zudem auch beim Blattibach und der Kleinen Schliere bei Alpnach.

Baukultur soll Nutzen nicht einschränken

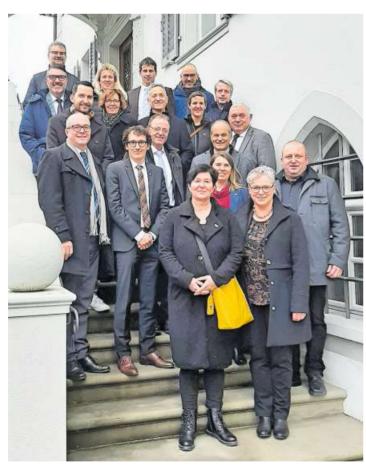
Ein anderes wichtiges Handlungsfeld ist der Gesundheitsbereich. Mit der Versorgungsstrategie im Akutbereich werden die gesetzlichen und rechtlichen Grundlagen geschaffen, um das Kantonsspital Obwalden in einen Verbund mit der LUKS-Gruppe zu integrieren. Zudem wird das psychosoziale Beratungsangebot für Lernende und Studierende in den kantonalen Schulen ausgebaut.

Die historisch wertvolle Bausubstanz soll erhalten bleiben. Insbesondere ausserhalb der Bauzone soll ein Baustil gepflegt werden, der die charakteristischen Elemente der Obwaldner Häuser aufnimmt und den Betrachtenden den Eindruck vermittelt, in Obwalden zu sein. Das Parlament brachte dazu allerdings eine Anmerkung an, dass dadurch der Nutzen der Gebäude nicht eingeschränkt werden darf. Bei der Immobilienstrategie stehen die Sanierung und Erweiterung des Psychiatrie- und Polizeigebäudes, sowie die Zentrumsüberbauung in Sarnen im Vordergrund.

Bei der Mobilität geht es insbesondere um die Umsetzung des Gesamtverkehrskonzepts mit Halbstundentakt nach Engelberg und auf diversen Linien der Postauto AG, sowie den gezielten Ausbau des Velowegnetzes. Es werden neue Mountainbikerouten und -Trails für ein attraktives Freizeitangebot geplant und geschaffen.

«Mal schauen, wie es die Andern machen»

Das Urner Landratsbüro verfolgte gestern die Sitzung des Obwaldner Kantonsrats.



Die beiden Ratsbüros auf der Treppe des Rathauses in Sarnen. Vorne die beiden Parlamentspräsidentinnen Cornelia Gamma (UR) und Regula Gerig (OW, rechts). Bild: Philipp Unterschütz (Sarnen, 26.1.2023)

Parlamentsbesuch Die Urner Gäste verfolgten im Kantonsrat mit, welche Schwerpunkte die Obwaldner Regierung in den nächsten vier Jahren setzt. Nach einem gemeinsamen Mittagessen mit dem Obwaldner Ratsbüro besuchte die Urner Delegation die Firma Bio Familia in Sachseln.

«Solche freundschaftlichen Besuche finden regelmässig statt», sagt Beat Hug, Sekretär des Obwaldner Kantonsrats. Es werde geschaut, wie es die Andern machen. Die Obwaldner Ratslei-

tung wird den Besuch im März erwidern und den Landrat Uri besuchen.

Die Urner Landratspräsidentin Cornelia Gamma war beeindruckt von der Leistung der Stimmenzähler. Das Urner Parlament hat eine elektronische Abstimmungsanlage. «Erst als wir während Corona ausserhalb des Parlamentssaals tagen mussten, war auch bei uns das Zählen der Handzeichen wieder angesagt. Ich weiss, was geleistet werden muss, damit genaue Resultate vorliegen.» (unp)

Notfalltreffpunkte werden im Februar kommuniziert

Eine Interpellation befasst sich mit den Folgen einer möglichen Energiemangellage.

Kantonsrat Guido Cotter (SP, Sarnen) und Mitunterzeichnende hatten sich in einer Interpellation zum Risikomanagement im Fall einer Energiemangellage erkundigt. Cotter stellte aufgrund der Antwort des Regierungsrats am Donnerstag noch weitere Fragen in den Raum. Etwa wie lange Notstromanlagen die Versorgung von systemrelevanten Organisationen aufrechterhalten könnten. Weiter wollte er auch wissen, was den von der Regierung eingesetzten Sonderstab vom kantonalen ührungsstab unterscheide.

Zu letzterem Thema hielt Volkswirtschaftsdirektor Daniel Wyler fest, dass der Führungsstab erst bei einer tatsächlichen Notlage in Aktion trete. Zuvor sei es Aufgabe des Sonderstabs, mit den betroffenen Stellen zu schauen, welche Vorkehrungen getroffen werden könnten.

Wie lange Notstromanlagen funktionieren, hänge davon ab, was alles betrieben werden soll. Eine Mangellage könne grosse Auswirkungen haben, etwa auf die Trinkwasserversorgung oder die Abwasserbeseitigung. Das Mobiltelefonnetz würde bei einem Stromausfall vielleicht noch eine Stunde laufen. Um dann etwa mit Polizei oder Sanität in Kontakt zu treten, gebe es in allen Gemeinden Notfalltreffpunkte. Diese seien definiert und würden im kommenden Monat kommuniziert. (mu)

Regierungsrat nimmt Aufsicht beim EWO wahr

Die Antwort zu einer Interpellation schafft Transparenz zur Geschäftstätigkeit des Elektrizitätswerks Obwalden.

Kantonsrat Peter Kohler (CVP/Mitte, Kerns) und Marcel Jöri (CVP/Mitte, Alpnach) hatten in einer Interpellation Fragen zum Elektrizitätswerk Obwalden (EWO) gestellt. Die Diskussionen zu Strompreisen und Strommangellage hätten einen grossen Mehrwert, sagte Peter Kohler in seiner Stellungnahme zur Antwort der Regierung: «Energie ist kein verschwenderisches Gut mehr, sondern eine wertvolle Ressource.»

Der Regierungsrat habe insbesondere das Vorgehen und die Rahmenbedingungen bezüglich der ausserkantonalen Aktivitäten im Stromhandel sowie hinsichtlich des Verhältnisses zu den Kunden in der Grundversorgung aufgezeigt. Gemäss der Antwort sei sichergestellt, dass keine Querfinanzierungen und im Stromhandel keine finanziellen Risiken bestünden. Das sei so zur Kenntnis zu nehmen. Der Regierungsrat nehme zudem seine gesetzlich geregelte Aufsichtspflicht beim Stromversorger regelmässig und detailliert wahr.

Kohler verzichtete auf eine Diskussion. Der Kantonsrat habe die Gelegenheit, im Rahmen der Behandlung des Geschäftsberichts des EWO Stellung zu nehmen. (*mu*)

Kantonsrat lehnt Motion ab

Prämienverbilligung Personen, die Anspruch haben auf individuelle Prämienverbilligung (IPV), sollen keinen Antrag mehr einreichen müssen. Das verlangt eine Motion im Obwaldner Kantonsrat. Die Regierung beantragte dem Rat, die Motion abzulehnen. Er will die Ergebnisse eines Wirkungsberichts abwarten, der in der ersten Hälfte dieses Jahres vorliegen soll.

Motionär Josef Allenbach (SP, Kerns) forderte, dass unabhängig von seiner Motion Massnahmen im Antragssystem ergriffen werden sollen. Auch wenn nach der Präsentation des Wirkungsberichts innert zwei Jahren Massnahmen umgesetzt werden sollen, sei dies eine Ewigkeit für Menschen, die in Anbetracht der aktuellen wirtschaftlichen Situation von Monat zu Monat schauen müssten, wie sie über die Runde kommen.

Keine Umwandlung in ein Postulat

SVP und FDP sprachen sich für die Ablehnung der Motion aus. Hanspeter Scheuber (CSP, Kerns) sagte, man solle eine Gesamtschau machen. Guido Cotter (SP, Stans) erinnerte daran, dass es viele Leute gebe, die von amtlichen Dokumenten überfordert seien. «Das muss man auch berücksichtigen.»

Regierungsrat Daniel Wyler, in dessen Volkswirtschaftsdepartement die Prämienverbilligung angesiedelt ist, hielt eine Überweisung der Motion als Postulat für wenig sinnvoll: «Wir sind mit dem Wirkungsbericht bereits am Arbeiten.» Man werde alle Verbesserungsmöglichkeiten und Vorschläge unter die Lupe nehmen.

Der Rat sprach sich gegen die Umwandlung in ein Postulat aus und lehnte die Motion mit 40 zu 7 Stimmen ab. (mu)